

AL Info³ / 21

- 3 Alt- trifft auf Neu-Gemeinderätin: Regula Fischer im Interview mit Andrea Leitner
- 4 Ehe für alle: Ein Interview mit zwei Betroffenen verdeutlicht die heutige Einschränkung der Grundrechte von queeren Paaren.
- 6 Spitäler im Wettbewerb. Schafft das Spitalfinanzierungsgesetz eine Lösung?

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Angst macht Mut!

Was hat ein Basis-/Bewegungsaktivist in der Exekutive zu suchen? Was hätte der 25jährige Wädi damals von deiner Stadtratskandidatur gehalten?

Der 25-Jährige schloss gerade das Studium am Lehrer*innen-Seminar ab und war ein etwas scheuer junger Mann. Ich engagierte mich im Lehrlingstreff, organisierte Mahnwachen vor der St.-Jakob-Kirche gegen die Angriffe der Contra in Nicaragua mit und verfolgte mit grossem Interesse, wie sich der Parti Ouvrier et Populaire und die Linke in den Exekutiven von La-Chaux-de-Fonds, Le Locle, Renens, Lausanne und den Genfer Gemeinden schlug. Im Gegensatz zu Freund*innen aus der autonomen Szene war ich schon damals nicht der Meinung, dass der Einsitz in einer kommunalen Exekutive tabu ist. Trotzdem bin ich überzeugt, dass soziale Veränderung immer aus der Gesellschaft heraus entstehen muss, um in der Gesellschaft Wirkungsmacht zu entfalten. Ohne die Tausenden Aktivist*innen in der Gewerkschafts-, Klima- und Frauen-Bewegung, Kollektive wie «Bildung für alle» oder das Solinetz, die LGBTIQ+-Netzwerke und die vielen selbstverwalteten Strukturen wäre die Linke für mich nicht denkbar. Was mich an der Exekutive reizt? Die Spielräume, die der Stadtrat hat, um konstruktiv und kreativ auf diese Impulse aus der Gesellschaft zu reagieren.

Welche politischen Entscheide braucht es, um Deine Vorstellung von einem fairen und solidarischen Zürich zu erreichen?

Fair und solidarisch kann eine Kernstadt wie Zürich nur sein, wenn es ein

Recht auf Stadt gibt. Die an den Stadtgrenzen zu Adliswil, Schlieren, Oberengstringen, Opfikon und Dübendorf endende Stadt Zürich macht seit Mitte der Nullerjahre einen rasanten soziodemographischen Wandel durch. Sehe ich die lange Liste der Baugesuche für Ersatzneubauten und Totalsanierungen durch, wird mir «trümmelig». Neben grossen Siedlungen von Banken und Versicherungen werden auch immer mehr kleine Mehrfamilienhäuser platt gemacht. Wenn es nicht gelingt, preisgünstigen Wohnraum zu erhalten, können auch unsere Partizipations- und Sozialprogramme immer weniger ausrichten und das solidarische Zürich verkommt zur Farce.

Welche Bereiche des städtischen Lebens werden in Hinblick auf Netto Null 2040 zu wenig adressiert? Wo besteht Handlungsbedarf, um Zürich klimaneutral zu machen?

Der Stadtrat hat keine Antworten auf die Frage, wie Netto Null im Gebäudebereich umgesetzt werden kann, ohne dass private Eigentümer*innen ihre Häuser leerkündigen. Immerhin zeigt er auf, dass bis 2040 die Hälfte aller Gebäude saniert werden und bis zu 40'000 preisgünstige Wohnungen verschwinden. Wie darauf reagiert werden soll, bleibt völlig im Dunkeln. Zu zaghaft ist der Stadtrat auch in seinen Anstrengungen, die CO₂-neutrale Versorgung der Gebäude mit Wärme und Kälte nicht nur effizient, sondern auch kostengünstig zu organisieren. Fernwärme ist wegen der hohen Infrastrukturkosten eine teure Form der CO₂-neutralen Versorgung. Trotzdem ist der Stadtrat nicht bereit, die drei Fern-

wärmeabteilungen von ERZ, ewz und Energie-360-Grad zusammenzulegen. Statt «fürschi» zu machen, werden alte FDP-Seilschaften geschützt. Gar keine Antwort hat der Stadtrat auf die Frage, wie sich der Pendlerverkehr stabilisieren lässt, wenn immer mehr hochwertige Arbeitsplätze in der Stadt konzentriert werden.

«Ich bin kein Feminist» hast Du an der Nominations-VV der AL gesagt. Wie müssen wir das verstehen?

Dass ich mir als Mann nicht anmasse, mich als Feminist zu bezeichnen. Aber natürlich sind die Forderungen der feministischen Bewegung Teil meines politischen Selbstverständnisses. Wie man sie im Alltag umsetzen kann, treibt mich um. Grossen Handlungsbedarf sehe ich etwa, wenn der Stadtrat für die Mittagsverpflegung in den Tagesschulen 1000 zerstückelte Mini-Jobs für Betreuungsassistent*innen schaffen will. Bis jetzt hat sich das Schul- und Sportdepartement keine Gedanken zur Jobperspektive der Frauen gemacht, die diese prekäre Arbeit ausführen sollen. Das ist schlicht ein Skandal.

Walter Angst, Stadtratskandidat

#TeamAngst

Mit einem Team von Unterstützer*innen hat der AL-Stadtratskandidat das überparteiliche Komitee «Walter Angst in den Stadtrat» gegründet. Projektleiter ist Philippe Surber. Unterstützungsmöglichkeiten, Inhalte, Komitee-Budget und weitere Infos auf: walterangst.ch. Die Kampagnen der AL und des Komitees werden getrennt finanziert, aber aufeinander abgestimmt, um Synergien und maximale Wirkung zu erzielen.

Parolen

Abstimmungen vom 26. September 2021

BUND:

Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»
(99%-Initiative)

JA

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)

JA

STADT ZÜRICH:

Volksinitiative «zum Schutz der Beson-
nung des öffentlichen Grünraums am
Seeufer»

JA

Neubau Wache Nord mit zentraler
Einsatzlogistik für Schutz & Rettung
Zürich

JA

Termine

Sonntag, 19. September: Lauf gegen
Rassismus, ab 10.00 Uhr

Dienstag, 28. September: AL-Voll-
versammlung, Ort wird noch bekannt
gegeben, 19.00 Uhr

Dienstag, 26. Oktober: AL-Vollver-
sammlung, Gemeinschaftsraum
Hellmi, 19.00 Uhr

Alle aktuellen AL-Termine sind
jeweils online abrufbar auf unserer
Homepage unter: www.al-zh.ch

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21,
8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Dafina Gash, Zoe Leh-
mann, Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2500 Ex.,

Oesch Reliefdruck AG

Layout Dafina Gash, Zoe Lehmann,

Redaktion Dafina Gash, Zoe Leh-
mann, Andrea Leitner, Rosa Maino,
Dayana Mordasini, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikations-
organ der Alternativen Liste. Der
Abonnementspreis von CHF 10.- ist
im Mitgliederbeitrag enthalten.

Gemeinderatswahlen: Live aus dem Seki

Lange schon wurde davon gesprochen. Wir wurden gewarnt: «Bald ist es so weit" und "Ui, da kommt einiges auf Euch zu!» Doch dann kam erst einmal – nichts. Mittlerweile hat sich doch sehr vieles getan, weshalb wir gerne «live aus dem Seki» über die Gemeinderatskampagne berichten.

Im Mai hat sich die Findungskommission gebildet. Sie hat sich umgehend in die Arbeit gestürzt und ihre Fühler ausgestreckt, um geeignete Kandidierende für die Wahllisten zu finden. Diese Aufgabe stellte sich in einigen Kreisen einfacher dar als in anderen. Trotzdem hat sie diese herausfordernde Aufgabe hervorragend gemeistert, weshalb die AL-Wahllisten nun voller interessanter und vielfältiger Kandidatinnen und Kandidaten sind.

Zudem wurde ein Wahlausschuss gebildet, der die Gemeinderatswahlkampagne mit jener des Stadtrats koordinieren, Veranstaltungen organisieren und sowohl Mitglieder als auch Wähler*innen mobilisieren soll.

Am 31. August erhielten die Spitzenkandidierenden die Möglichkeit, sich der Vollversammlung vorzustellen. Wie erwartet, präsentierten sich die Kandidierenden hervorragend, weshalb sie von der Vollversammlung abgesegnet wurden. Die Vollversammlung im Art Dock mit anschließendem Apéro bildete dann auch den Auftakt zu einer Reihe von spannenden Events. So sind wir beispielsweise am Lauf gegen Rassismus (19.09.2021) mit einem Team am Start. Ausserdem nehmen Euch unsere Gemeinderät*innen mit auf einen Spaziergang durch ihr Quartier, vermitteln Quartiergeschichte und zeigen, wo politischer Handlungsbedarf besteht. Weiter dürft ihr Euch auf ein



Die VV im Art Dock (Bild: Ida Schmieder)

delizöses Benefizessen im November freuen. Ebenso dürfen wir auf weitere tolle Wahlevents der Kandidierenden gespannt sein.

Damit die Kampagne richtig Fahrt aufnimmt, sind viele helfende Hände gefragt. Hier kommst auch DU ins Spiel! Wir hoffen nämlich ebenso auf Deine Mithilfe bei Flyer- und Steckaktionen wie auf Deinen Appetit beim Benefizessen. Einbringen kannst Du Dich auf vielfältige Weise. Möchtest Du gerne einen Beitrag fürs AL Info schreiben? Hast Du ein Auge für Ästhetik, geschickte Hände und möchtest die Tischdeko fürs Benefizessen beitragen? Oder bist Du ein*e Frühaufsteher*in und möchtest am Morgen mit einem Flyer und netten Worten den Zürcher*innen den Tag versüßen? Für all jene, die wenig Kapazität haben, um mitzuhelfen: Die Kampagne erfordert nicht nur zeitliche, sondern auch finanzielle Ressourcen. Wer bereits ausgelastet ist, kann stattdessen gerne einen wertvollen finanziellen Beitrag an die Kampagne leisten.

Zoe Lehman, Politische Sekretärin und Redaktionsmitglied



Neu-Gemeinderätin trifft auf Alt-Gemeinderätin. Gespräch auf Seite 3.

Willkommen, Regula!

Regula Fischer, legen wir gleich los: Wir sind gleich alt, Du bist wie ich in den 80-Jahren aus dem Aargau nach Zürich geflüchtet. Wir studierten beide Anglistik. Mich hat weniger die Uni als das Leben ausserhalb sozialisiert und politisiert. Wie wars bei Dir?

Recht ähnlich. Konzerte in der Wohlgroth, illegale Bars, Treffpunkte im Brachland neben den Gleisen. Die Lebensschule fand ausserhalb der Uni statt. Die Brotjobs waren oft schäbig, halfen mir jedoch, das Studium abzuschliessen.

Dein Liz schriebst Du über simbabwische Literatur. Du hast über drei Jahre dort gelebt.

Ich suchte ein Thema, wollte mich aber nicht in der Bibliothek verschanzen. Ein Freund empfahl mir den jung verstorbenen simbabwischen Autor Dambudzo Marechera. Ich war begeistert. Sekundärliteratur gab es kaum. Also reiste ich nach Harare, wo sich eine Literaturwissenschaftlerin mit seinem Nachlass beschäftigte. Bald hatte ich eine Kartonschachtel unveröffentlichten Materials in den Händen und blieb drei Monate. Dort lernte ich meinen Mann kennen, er kam mit seinen Kindern in die Schweiz, unser Sohn wurde geboren, wir zogen nach Harare – ich fand dort eine Stelle bei einer NGO und wir übten uns im Überleben bei 200% Inflation. 2002 kehrten wir zurück, da war mein Mann bereits todkrank.

Dein Sohn, der Jazzmusiker Tapiwa Svosve, sagte in einem Interview, Du habest ihn als Kind an Jazzkonzerte geschleppt. Er bezeichnet Jazz als eine demokratische Form des Musikmachens.

Ich kann mich nur an ein Konzert erinnern, mit Omri Ziegele im Rietberg Museum. Tapiwa war damals 8 Jahre alt und verfolgte fasziniert, wie der Musiker nach ein paar Stücken im Schweiss gebadet war. Er wunderte sich über die alten Leute im Publikum. Seine Aussage hat was: Jazz ist grenzüberschreitend, offen, verbindend und befreiend. Tapiwa hat mir den Jazz nähergebracht, nicht ich ihm.

Deine Jobs waren nie an dein Studium gekoppelt. Du hattest sogar mal ein Autotransportunternehmen.

Ich gab damals den sicheren Job bei der GBH (heute Unia) auf. Für einen «Wackeljob» bei einem ägyptischen Transporteur! Er hatte kein Büro mehr. Das Betriebsamt hatte seine Lastwagen retiniert. Ich füllte also Zollpapiere in

einer schlecht geheizten Garage aus und belud Transporter mit Gebrauchtwagen nach Afrika. Später verwaltete ich für ihn noch ein Frachtschiff. Dann starb er leider und ich und mein Kollege übernahmen die Firma. Dieser Mensch hat mich gelehrt, wie man Misserfolge verdaut und trotzdem weitermacht.

Du warst 10 Jahre lang Geschäftsführerin des Reisebüros Wipkingen. Der Vertrag mit den SBB lief vor einem Jahr aus. Ein herber Verlust auch fürs Quartier!

Ich bin sehr traurig, dass wir schliessen mussten. Wir haben jahrelang alles gegeben. Wir spezialisierten uns auf internationale Bahnreisen, die sich nur schwer online buchen lassen. Wir hielten den Service Public hoch und waren Anlaufstelle für Anliegen weit über das Reisegeschäft hinaus.

Du bist dadurch in Wipkingen/Höngg sehr gut vernetzt, wirst von allen im Quartier gegrüsst. Erwähnt man «die Rote Regula», ist klar, das bist Du!

Haha! Einmal rief mir jemand am Sihlquai um Mitternacht «Hallo, Bahnhof Wipkingen» zu. Der Job hat mich zur lokalen Cervelat-Promi gemacht. Abgesehen vom Abstecher nach Afrika lebe ich aber auch seit 30 Jahren im Quartier.

Du hast länger nachgedacht vor deinem Sprung ins kalte Wasser des Gemeinderats. Wann wurde Dir klar: «Ich tue es»?

Stimmt, ich habe mit mir gehadert. Kann ich das, schaff ich es, mich in Details zu vertiefen, ohne die grossen Ziele aus den Augen zu verlieren? Dann stand ich nach einer Zugfahrt durch Schweizer Nieselregen in einem Ramschladen in Langenthal. Du riefst an, und ich sagte «Ja, ich will!»

Du wirst dich in deiner Kommissionsarbeit mit der Stadtentwicklung auseinandersetzen. Aus dem Bauch heraus: Was macht eine Stadt lebenswert?

Der funktionierende Mikrokosmos, die Nachbarschaft, das Quartier als Basis von grossen Ideen für das Zusammenleben verschiedenster Menschen. So etwas wie Jazz vielleicht?

Interview: Andrea Leitner, Alt-Gemeinderätin und Redaktionsmitglied

AL-Buchtipps



Regula Fischer empfiehlt: Rye Curtis, Cloris, Verlag C.H.Beck 2021, ISBN 978-3-406-75535-4

Als einzige Überlebende eines Flugzeugabsturzes kämpft sich die 72-jährige ehemalige Bibliothekarin Cloris Waldrip durch die unwegsame Wildnis Nordamerikas, ausgerüstet mit dem Stiefel ihres verstorbenen Mannes, dessen Körper in einer Baumkrone hängt, ein paar Caramelbonbons und der Bibel. Sie setzt noch einen Notruf über das Funkgerät des Piloten ab, ab dann ist sie auf sich alleine gestellt. Cloris besinnt sich auf ihre Instinkte und Kräfte und versucht zu überleben. Als zweite Heldin kommt die Rangerin Debra Lewis ins Spiel, die am Nullpunkt ihres Lebens angekommen ist, literweise Merlot aus der Thermosflasche trinkt und Cloris' Notruf hört. Sie ist überzeugt, dass die Seniorin noch lebt und macht sich mit einer Gruppe schräger Existenzen auf die Suche nach der Vermissten. Eine Abenteuergeschichte mit viel tragischer Komik, gespickt mit philosophischer Weltbetrachtung und Seelenerkundung.



Mischa Schiwow empfiehlt: Yusuf Yesilöz, Nelkenblatt, Limmat Verlag 2021, 978-3-03926-012-6

Pina lebt in der Schweiz, seit sie bei Studentenprotesten in ihrem Land – wir erraten, es ist die Türkei – in die Fänge der Repression geraten ist. Pina, die in der Steppe aufgewachsen und mit ihrer Familie wegen der kranken Mutter in die Stadt gezogen ist, wollte Physikerin werden, um die Distanz von der Erde bis zu den Sternen zu messen. In ihrem Schweizer Exil denkt sie an dieses Studium, welches sie so gern fortsetzen würde. Pina wird von Luzia, der Tochter einer herzkranken Frau engagiert, um diese zuhause rund um die Uhr zu pflegen. Elsa ist gefasst, mit dem Leben abzuschliessen. Sie und Pina vertrauen sich bald die wichtigsten Dinge aus ihrem Leben an, sie reden über Liebe, die – wie es Pinas Mutter vor dem Sterben einmal sagte, «stärker ist als alle anderen Kräfte dieser Welt und die einen unter ihren Flügeln durch Gewitter und Feuersbrünste bringen kann».

Ehe für alle: Julia & Lucia

Wir haben uns mit Julia, 33 Jahre alt, Media Managerin, und Lucia, 28 Jahre alt, Kommunikationsbeauftragte, getroffen und über die Abstimmung «Ehe für alle» gesprochen. Sie sind persönlich vom Resultat am 26. September betroffen und erklären, weshalb diese Zivilgesetzbuch-Änderung längst überfällig ist.

Habt Ihr Euch schon vor dieser Abstimmung politisch engagiert?

Julia: Wir nehmen oft an Demos teil und engagieren uns in der Community, wir sind Teil des Programmationsteams des queeren Zürcher Filmfestivals Pink Apple. Über diese Verbindung ist das nationale Komitee auch mit uns in Kontakt getreten. Es ist für uns beide aber das erste Mal, dass wir uns in einem Komitee engagieren. Die Mitarbeit im Komitee macht uns Mut und stimmt uns optimistisch. Vor allem seit wir vom Referendum erfahren mussten, ist es bestärkend, mit gleichgesinnten Menschen gemeinsam aktiv zu werden und auf ein kollektives Ziel hinzuarbeiten.

Du hast das Referendum erwähnt: wie habt Ihr Euch gefühlt, als Ihr vom Referendum erfahren habt?

Lucia: Der Fakt, dass wildfremde Menschen keine Zeit und Mühen scheuen, Unterschriften zu sammeln und sich in mein Leben einzumischen, war eine schmerzhaft Erfahrung für mich. Ebenso befremdlich ist die Vorstellung, dass alle Schweizer Stimmberechtigten darüber abstimmen, ob ich heiraten darf. Das betrifft niemanden, ausser mich selbst. Mir käme es auch nicht in den Sinn, darüber abzustimmen, ob Peter und Vreni heiraten dürfen. Mag ja sein, dass mir ihre Lebensweise nicht entspricht, aber deswegen habe ich noch lange nicht das Recht, mich in ihr Leben einzumischen. Und das ist doch genau der Punkt: uns stehen die gleichen Rechte zu, wie allen anderen. Wir zahlen unsere Steuern, wir engagieren uns für die Gesellschaft. Wieso werden uns unsere Grundrechte vorenthalten?

Geht es Euch in dieser Abstimmung um die Institution der Ehe oder geht es vielmehr um Grundrechte?

Julia: Beides. Wir haben uns auch schon gefragt, ob unser Ehwunsch gerade wegen des Verbots so stark ist. Trotzdem sind wir überzeugt, dass die Antwort auf die Ehefrage nur eine freie persönliche Entscheidung sein darf. Darüber soll kein Gesetz bestimmen dürfen.

Was haltet Ihr vom gegnerischen Argument, eine eingetragene Partnerschaft erfülle den gleichen Zweck wie eine Ehe?

Lucia: Viele Gegner*innen sind der Ansicht, dass die eingetragene Partnerschaft der Ehe gleichgestellt ist. Dem ist aber nicht so. Einerseits bestehen Unterschiede auf rechtlicher Ebene. Andererseits birgt die unterschiedliche Begrifflichkeit grosses Diskriminierungspotential. So müsste ich mich beispielsweise bei jeder Zivilstandnennung outen. Obwohl ich selbstverständlich zu meiner Sexualität stehe, finde ich dieses Zwangsoouting ungerecht.

Wie ändert sich Euer Leben mit Annahme der Gesetzesänderung?

Lucia: Wir wollen heiraten. Die Ehe hat für mich einen symbolischen Wert; wir bezeugen sowohl vor unseren Freund*innen und Familien als auch vor dem Gesetz, dass wir uns lieben und zusammengehören. Ausserdem wären wir beispielsweise im Krankheitsfall rechtlich viel besser abgesichert. Julia ist meine Familie und das möchte ich rechtlich abgesichert wissen.

Hegt Ihr einen Kinderwunsch?

Julia: Nein, momentan nicht. Aber es ist wichtig, Paaren mit Kinderwunsch die Möglichkeit auf Adoption oder Samenspende zu bieten – und zwar legal und sicher. Momentan erfüllen sich viele Paare ihren Kinderwunsch im Ausland, was stets mit einer rechtlichen Unsicherheit für das Kind einhergeht.

Lucia: Viele Gegner*innen argumentieren, die Erziehung durch gleichgeschlechtliche Paare gefährde das Kindeswohl, weshalb die Samenspende und die Adoption für homosexuelle Paare weiter-

hin verboten gehöre. Das ist natürlich paradox, denn faktisch existieren diese Kinder bereits. Nur kann es sein, dass es Jahre dauert, bis ein Elternteil rechtlich anerkannt wird. Aus Erfahrungen von Freund*innen wissen wir, dass eben genau diese rechtliche Unsicherheit das Kindeswohl gefährdet. Ein gegnerisches Argument, das wir leider immer noch regelmässig hören, ist jenes der natürlichen Zeugung. In der Natur sei es für gleichgeschlechtliche Paare nicht vorgesehen, Kinder zu bekommen. Wer sich nun bewusst macht, dass Adoption und Samenspende vor allem bei heterosexuellen Paaren zum Einsatz kommen, erkennt, wie heuchlerisch dieses Argument ist.

Interpretiert Ihr ein Ja als Zeichen für einen gesellschaftlichen Wandel?

Lucia: Wir dürfen wohl nicht davon ausgehen, dass ab dem 27. September 2021 Gleichberechtigung herrscht, der Weg ist noch weit und Vorurteile wird es immer geben. Trotzdem ist es für die Schweiz wichtig, hier ein klares Zeichen zu setzen. Wir wollen ein Land sein, in dem alle dazugehören.

Julia: Es ist fast peinlich, dass die Schweiz mitten in Europa liegt und so hinterherhinkt. Die Niederlande kennt die Ehe für alle bereits seit 20 Jahren. Nun ist sie sogar in Taiwan und im erzkatholischen Irland legal.

Lucia: Obwohl ich unsere direkte Demokratie extrem schätze, bin ich der Meinung, dass es Dinge gibt, über die wir nicht abstimmen dürfen. Und dazu gehören unsere Grundrechte. Vor dem Gesetz sind wir alle gleich, so steht es in unserer Verfassung. Und daran sollte nicht gerüttelt werden.

Interview: Zoe Lehmann, politische Sekretärin und Redaktionsmitglied



Lucia und Julia wollen die gleichen Rechte wie Hetero-Paare (Bild: Zoe Lehmann)

Verkehrswende kann kommen!

Ende Juni verabschiedete der Zürcher Gemeinderat den Verkehrsrichtplan. Die Fussball-EM war wohl schuld daran, dass der Rat nicht aussernd über Tempo 30, Parkplatzabbau und Co debattierte. Hier ein kurzes Fazit mit Blick auf die Zukunft.

Rund 40% des CO₂-Ausstosses hat in der Schweiz der motorisierte Verkehr zu verantworten. Davon gehen drei Viertel auf die Kappe der Personenwagen. Gerade auf Stadtgebiet und mit dem im Siedlungsrichtplan festgelegten Fokus auf eine «Stadt der kurzen Wege» kann dank dem Verkehrsrichtplan die Verkehrswende angegangen werden, die hier und jetzt notwendig ist, um den CO₂-Ausstoss deutlich zu senken. Damit dies gelingt, muss dem Velo so viel Platz eingeräumt werden, dass es zu einem bequemen und sicheren Tür-zu-Tür-Verkehrsmittel wird.

Dem Velo-Vorzugsroutennetz steht nun theoretisch nichts mehr im Weg. Uns

ist wichtig, dass damit eine klare, intuitiv verständliche Signalisation einhergeht. In einem Postulat fordern wir die einheitliche Einfärbung der Velowege. Nur so wird das Velonetz auch für die vielen Menschen nutzbar, die sich heute noch nicht mit dem Velo durch Zürichs Strassen trauen.

Tempo 30 auf kommunalen Strassen, Erschliessungsstrassen und in Quartierzentren begrüssen wir natürlich. Gemäss Signalisationsverordnung fallen jedoch Fussgängerstreifen in T-30-Zonen mit Ausnahme von Schulwegen und vor Alterszentren grundsätzlich weg. Die AL wird sich für die Erhaltung der Fussgängerstreifen und damit für das Vortrittsrecht Zufussgehender in Wohngebieten einsetzen, solange für sie nicht ein generelles Vortrittsrecht gilt. Kinder sollen überall sicher die Strassen queren können, nicht nur auf ihrem Schulweg. Auch Menschen mit Mobilitätseinschränkun-

gen sind auf das Vortrittsrecht angewiesen, das nur am Fussgängerstreifen gilt. Solch besondere Vortrittsbedürfnisse ergeben sich in einer dicht besiedelten Stadt an jeder Ecke.

Und zu guter Letzt: Der «Historische Parkplatzkompromiss» ist nicht mehr, und das ist gut so. Wo in der Innenstadt Platz für Menschen zu Fuss oder für Velorouten benötigt wird, müssen Parkplätze weichen. Woher sonst nehmen, wenn nicht stehen. Abstellplätze sollen jenen vorbehalten bleiben, die sie benötigen, zum Beispiel Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Zulieferern oder Handwerkerinnen.

Olivia Romanelli, AL Gemeinderätin

JA zur 99-Prozent-Initiative

Schwindelerregende 861'000'000'000 Franken – fast eine Billion: so viel Vermögen versteuerte das oberste Prozent 2017 gemäss Statistik der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Auf diese 50'000 Personen entfielen rund 43 Prozent aller Vermögen. 2003, zu Beginn dieser Statistikreihe, waren es noch 36 Prozent. Die obersten 10 Prozent kommen aktuell auf gut drei Viertel aller Vermögen. Darin nicht enthalten sind die Riesenvermögen der gut 4500 ausländischen Pauschalbesteuerten, die praktisch keine Vermögenssteuer entrichten müssen und von denen viele in der 300-Reichsten-Liste der BILANZ auftauchen.

Auf die 10 Prozent Reichen und Superreichen entfällt auch das Gros der Kapitalerträge. Und sie geniessen vielfältige Steuerprivilegien. Seit der Unternehmenssteuerreform II von 2008 profitieren Grossaktionär*innen (mit mindestens 10% Kapitalanteil) von einem saftigen Steuerabatt: Je nach Kanton müssen sie ihre Dividenden nur noch zu 50 bis 70 Prozent versteuern. Zudem können Kapitalgewinne beim Verkauf von Aktien steuerfrei kassiert werden.

Hier setzt die Initiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative) an. Sie dreht den Spieß um: Statt Rabatten verlangt sie einen

Steuerzuschlag auf Kapitaleinkommen wie Dividenden, Zinsen, Mieten oder Kapitalgewinne. Erträge über einem gewissen Schwellenwert – die Initiant*innen gehen von 100'0000 Franken aus – sollen in Bund, Kantonen und Gemeinden zu 150 statt zu 100 Prozent versteuert werden.

Dahinter steht eine klare Erkenntnis: Vermögenseinkommen und Kapitalgewinne stammen nicht aus geleisteter Arbeit, sondern aus dem Wertschöpfungsprozess aller Beteiligten. Sie basieren auf Grundlagen – funktionierende Infrastrukturen, effizientes Bildungssystem etc. –, deren

Kosten überwiegend die Bevölkerung resp. die öffentliche Hand tragen. Das relativiert den umfassenden Anspruch und die Eigentumsrechte an diesen Erträgen. Und rechtfertigt eine Besteuerung über die ordentliche Progression hinaus.

Mit einem Gini-Koeffizienten von 0.86 hat die Schweiz weltweit eine der ungleichsten Verteilungen der Vermögen. Vermögenseinkommen sind ein Träger der Ungleichheit. Mit einer gezielten Mehrbesteuerung der Kapitalerträge können wir hier korrigierend eingreifen.

Niklaus Scherr, Redaktionsmitglied



99%-Initiative der JUSO (Bild: JUSO Schweiz)

Ich will nicht mehr müssen!



Es war ein hartes Jahr, es war eine harte Zeit. 2020 war ein Jahr, das vieles veränderte: Aus einer einfachen Grippe wurde eine Pandemie, aus

Krankenhäusern und psychiatrischen Kliniken wurden bewachte Anlagen, aus einst offenen, interdisziplinär arbeitenden Spitalabteilungen wurden geschlossene, monothematische COVID 19-Stationen. Und aus unseren Intensivpflegestationen wurden virale Kriegsfelder, in denen – mehr als je zuvor – hart um jedes Leben gekämpft wurde. Viele konnten auf diese Weise gerettet werden, andere wiederum nicht. Darunter auch manche unserer Arbeitskolleg*innen, die sich im Einsatz angesteckt haben oder gar in der Folge gestorben sind. Gerade am heutigen Tag ist es wichtig, dass sie nicht vergessen gehen. Denn auch in diesem alles verändernden Jahr haben sie bis zum Schluss ihr Bestes gegeben. Sie alle wussten und wissen, was Gesundheit vor Profit heisst.

2020 war aber auch ein Jahr, das die schlechtesten Seiten der helvetischen Gesundheitspolitik gezeigt hat. Die Liste der Defizite ist lang. (...) Mit seinen pandemischen Fingern hat das Jahr 2020 in einer speziell schmerzhaft offenen Wunde rumgestochert, die sich seit Jahrzehnten in jeder Klinik, in jedem Spital und Ambulatorium dieses Landes ausbreitet. Die Rede ist von der Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Von einer Gesetzgebung, die uns zum Wettbewerb statt zur Kooperation ermuntert, von einem stupiden Wettbewerb um rentable Privatversicherte, und einer Vernachlässigung von unrentablen allgemein versicherten Patient*innen und von finanzgesteuerten, aber inhaltsentleerten Organisationen, Reorganisationen, Entwicklungs- und Veränderungsprozessen. Sie alle haben ein anorektisches Gesundheitswesen hinterlassen, auf welches sich dieses Coronavirus leicht einschliessen konnte. Die ganze Rede zur Demonstration «Gesundheit vor Profit» ist auf <https://al-zh.ch/blog/2021/06/gvp-rede-aufrefbar>.

David Garcia Nuñez, AL Gemeinderat

Spitalplanung statt weiteres Wettrüsten

Warum ist die kürzlich im Kantonsrat behandelte Revision des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes (SPFG) für die AL von Bedeutung?

Wir stehen vor der Spitalplanung 2023, bei der die Gesundheitsdirektion die Leistungsaufträge an die Spitäler im Kanton neu vergeben wird. Nur Spitäler auf der Spitalliste dürfen ihre Leistungen mit der Krankenkasse abrechnen und erhalten 55 Prozent der Behandlungskosten vom Kanton bezahlt. Diese Spitalliste ist der Schlüssel für eine koordinierte Bedarfsplanung, wie dies das Krankenversicherungsgesetz den Kantonen vorschreibt.

Dass die Kantone eine Bedarfsplanung machen müssen, ist nicht neu. Wo liegt das Problem?

Genau da liegt der Hund begraben. Das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz aus der Ära Heiniger (FDP) legt den Schwerpunkt auf Wettbewerb zwischen den Spitälern und klammert die Planung aus. Hier musste dringend nachgebessert werden.

Wie hat sich der Wettbewerb ausgewirkt?

Wettbewerb muss nicht immer schlecht sein. Aber im Spitalbereich gibt es keinen Wettbewerb im herkömmlichen Sinn. Die Wettbewerbselemente waren ein Fehlanreiz und führten zu einem grossen Wettrüsten unter den Spitälern. Die NZZ rechnete schon 2015 vor, dass zwischen 2013 und 2023 2,6 Milliarden Franken in die Spitalinfrastruktur und in die Kapazitäten investiert werden. Diese Investitionen verursachen den Spitälern hohe Fixkosten. In dieser Logik kann ein Spital nur dann rentabel sein, wenn es eine Wachstumsstrategie verfolgt. Heute steht im Kanton Zürich jedes vierte Spitalbett

leer, und der Druck steigt, die Betten zu füllen. Der ökonomische Druck führt unweigerlich zu Mengenausweitung und Überversorgung. Eine ältere Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums kam zum verblüffenden Schluss, dass jede dritte Operation in der Schweiz überflüssig sei.

Der Gesundheitsbereich ist zur Wachstumsbranche geworden, und die Privatkliniken schneiden sich ein immer grösseres Stück vom Kuchen ab. Die Mengenausweitung ist der kostentreibende Faktor und Hauptursache für die jährlich steigenden Krankenkassenprämien. Deshalb braucht es eine konsequente interkantonal koordinierte Bedarfsplanung, damit wir der Kostensteigerung wenigstens ein bisschen Einhalt bieten können.

Die AL hat sich in der zweiten Lesung positiv zur Gesetzesrevision geäussert und die Revision als Paradigmawechsel bezeichnet, obwohl viele Abstriche gemacht werden mussten. Die SP hat dagegen die Revision abgelehnt.

Der Kern der Vorlage konnte trotz Widerstand seitens der Spitallobby aus FDP und GLP ins Ziel gebracht werden. Wir haben erreicht, dass das ursprünglich extrem wettbewerbsorientierte Gesetz nun eine bedarfsgerechte Spitalplanung ermöglicht. Zudem enthält es weitere positive Elemente wie etwa die Aufhebung der Zusatzhonorarregelung. Die SP stand mit ihrer ablehnenden Haltung allein da. Sie hat sich etwas verrannt, indem sie die – von Anfang an aussichtslose – Forderung nach einer GAV-Pflicht und leistungsbeschränkende Elemente – die wir ablehnten – zu Schicksalsartikeln stilisierte und so den Kern der Revision aus dem Blick verlor.

Kaspar Bütikofer, AL Kantonsrat



Spitäler im Wettbewerb (Bild: Spital Limmattal)

Kleine Anfrage – sofortige Wirkung



Im Mai konnten wir dank einer gemeinsamen Anfrage mit den Grünen, SP, GLP und FDP die Bedingungen für das Härtefallgesuch zugunsten der Sans-Papiers im Kanton Zürich verbessern.

Uns war aufgefallen, dass die sprachlichen Anforderungen des kantonalen Migrationsamts deutlich strenger waren als diejenigen des Staatssekretariats für Migration (SEM): Während das SEM mit dem Referenzniveau A1 als Minimalanforderung zufrieden ist, verlangte eine Weisung der Sicherheitsdirektion für kantonale Härtefallgesuche B1 mündlich wie schriftlich. Die Hürde wurde wohl absichtlich so hoch gelegt, damit die Sans-Papiers sie nur äusserst selten überwinden können.

Nun fällt bekanntlich das kantonale Migrationsamt nicht gerade dadurch auf, dass es die gesetzlich vorhandenen Spielräume zugunsten der Migrant*innen nutzt. Dass aber die sprachlichen Anforderungen für ein Härtefallgesuch höher gesetzt wurden als bei einer Einbürgerung, empfanden wir als unlogisch, unsachgemäss und ungerecht. Dort werden nämlich B1 mündlich und A2 schriftlich verlangt.

derungen für ein Härtefallgesuch höher gesetzt wurden als bei einer Einbürgerung, empfanden wir als unlogisch, unsachgemäss und ungerecht. Dort werden nämlich B1 mündlich und A2 schriftlich verlangt.

Mit dieser politisch breit abgestützten Anfrage konfrontiert, hat die Sicherheitsdirektion umgehend nach Eingang der Anfrage still und heimlich ihre Weisung abgeändert. Die sprachlichen Anforderungen für Härtefallgesuche waren zum Erstaunen von in diesem Bereich tätigen Organisationen plötzlich rückwirkend auf A2 mündlich wie schriftlich reduziert worden. Wir hatten uns zwar A1 als sprachliches Referenzniveau erhofft, aber A2 bedeutet bereits eine spürbare Verbesserung.

Es hinterlässt einen etwas schalen Nachgeschmack, wie die Sicherheitsdirektion unter Mario Fehr vorgegangen ist. Letztlich ist aber dieser Erfolg immerhin ein Schritt in die richtige Richtung und hilft den Sans-Papiers.

**Anne-Claude Hensch,
AL Kantonsrätin**

Asylsuchende: Auflösung der Bundesverträge



Die AL ist Mitinitiatorin eines Vorstosses für die Aufhebung des Bundesasylzentrum und die Kündigung der Verträge mit dem Bund. «Wir wollen ein Zentrum mit Dorfcharakter», hatte Stadtrat Golta einst erklärt. Zur Frohbotschaft gehörte, dass das Zentrum nicht umzäunt sein würde.

So wurden wir alle eingeseift. Entstanden ist eine geschlossene Kiste, die keine Umzäunung braucht und in der ein rechtsfreier Raum zu entstehen droht. Wir haben im Rat gesagt: «Egal, wer formell welche Kompetenzen, Aufgaben, Verantwortlichkeiten oder Nichtkompetenzen hat, es geht uns etwas an, wenn mitten in Zürich Menschen in unwürdigen Situationen leben.»

Das Betreuungspersonal hat kaum Zeit für Betreuung. Das Bewachungspersonal keine richtige Ausbildung. Die Bewohnerinnen und Bewohner haben keinen Tisch in der Zelle, können Fenster nicht lüften, werden beim Betreten und

Verlassen gefilzt, haben keine psychiatrische Ansprechstelle. Dabei geht es um freie Menschen, die das Recht haben, in der Schweiz einen Asylantrag zu stellen. Ihr Verbrechen ist, in der Schweiz zu sein.

Der Stadtrat pflegt zu sagen, ihm seien die Hände gebunden, Bern sei zuständig. Abgesehen davon, dass der Spielraum mehr ausgereizt werden könnte: Wenn dem so ist, dann lösen wir die Verträge wieder! Es folgte logischerweise das Postulat der AL und der Grünen mit diesem Begehren. Wer hier in Zürich lebt, muss anständig leben können. Wir messen uns nicht an totalitären Staaten.

Die Stadt soll ihr Flüchtlingskontingent weiter tragen, aber für menschenwürdige Lebensbedingungen sorgen. Sie kann, wenn sie will, neu verhandeln. Wir wollen, dass Asylsuchende, selbst wenn sie einst abgewiesen werden, die Botschaft nach Hause nehmen: In der Schweiz wird man anständig behandelt. So kehren sie zurück als Botschafter und Botschafterinnen einer humanen, urbanen Kultur.

Willi Wottreng, AL Gemeinderat

Unruhe bewahren

29. April: Verwaltungsgericht heisst die von der AL mitinitiierte Beschwerde gegen Demo-Verbot in der kantonalen Covid-19-Verordnung gut.

30. April: AL lanciert mit SP, Grünen und Gewerkschaftsbund kantonale Initiative «Faire Finanzierung der Corona-Hilfen» für einen 20%-Zuschlag auf Vermögen über 3 Mio. Franken während drei Jahren.

19. Mai: Mischa Schiwow wird erster Gemeinderatspräsident der Alternativen Liste.

25. Mai: Walter Angst setzt sich gegen Olivia Romanelli durch und wird von der Vollversammlung als Stadtratskandidat bestimmt.

31. Mai: Zusammen mit Mitte-Links überweist AL-Fraktion drei Motionen, die einen Kurswechsel bei der externen Kinderbetreuung einleiten. Künftig sollen sich sowohl Gemeinden als auch Kanton an der Finanzierung beteiligen.

3. Juni: Erfolgreiche Umsetzung des Postulats Angst (AL) und Leiser (FDP): 2000 von Covid-19-Schliessungen betroffene Geschäftsmieter*innen erhalten insgesamt 34 Mio CHF Mietreduktion.

14. Juni: Im Kantonsrat verliert Anne-Claude Hensch am feministischen Streiktag gemeinsame Erklärung der links-grünen Frauen, worin sie Missstände anprangert und Gleichberechtigung fordert.

5. Juli: Dank AL-Intervention zielt das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz auf bedarfsgerechte Spitalplanung und beschränkt Wettrüsten zwischen den Spitälern.

7. Juli: In ihrer Rücktrittsrede erklärt AL-Gemeinderätin Andrea Leitner, die AL «ist nichts für Schwachnervige oder Konfliktscheue. Aber auch nichts für hohle Schwafler*innen oder «Das-Blaue-vom-Himmel-Versprecher*innen».

14. Juli: Gemeinderat diskutiert AL-Interpellation zur Aufhebung der Warteliste der SAW (Stiftung Alterswohnungen Zürich). Walter Angst fordert mehr Alterswohnungen.

14. Juli: AL-Gemeinderätin Christina Schiller tritt nach neun Jahren zurück und kritisiert die Gemeinderatsstrukturen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf behindern.

Finanzen

Damit wir Unruhe bewahren können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich,

PC 87-63 811-5

IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Was für eine Tagesschule wollen wir ?



Von Beginn weg war die AL für eine Tagesschule, die für Chancengleichheit steht und allen Eltern Entlastung bringt. Die Abstimmung 2018 über die Pilotphase II der von FDP/SP initiierten «Tagesschule light», die 77,3% der Zürcher*innen guthiessen, entsprach schon damals nicht unseren Vorstellungen. Nun haben wir die Gelegenheit, anhand der definitiven, flächendeckenden Einführung der Tagesschule neue Pflöcke einzuschlagen. Um Chancengleichheit zu fördern, braucht es qualifiziertes Betreuungspersonal, das in den Schulalltag integriert ist und mit Lehrpersonen, Heilpädagog*innen und weiteren Fachpersonen zusammenarbeitet. Schulteams sind wirksamer, wenn es darum geht, Kinder individuell zu fördern. Wir fordern auch eine bessere Einbindung der Betreuenden: Wenn diese als Schulasistent*innen im Unterricht mitarbeiten, profitieren nicht nur die Kinder und Jugendlichen, sondern auch die Betreuenden, die so adäquate Arbeitspensien erhalten. Zudem sind wir für die Abschaffung der Hausaufgaben, die unsozial sind: Kinder, deren Eltern weder Zeit noch das nötige Know-how haben, können keine Unterstützung bieten, was der Chancengleichheit widerspricht. In Tagesschulen sollen Gefässe geschaffen werden, in denen Kinder Aufgaben lösen können.

Damit die Tagesschule die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, braucht es auch Angebote für Eltern, die Schicht arbeiten. Darum soll pro Schulkreis mindestens ein Standort jeweils bis 20.30 Uhr und nach Bedarf auch länger offenhaben. Zudem sollen ganzheitliche Konzepte für die Betreuung im Austausch mit der Schule erarbeitet werden. Der Vorschlag des Stadtrats, die Betreuung Freizeit (BeFrei) durch externe Anbieter umzusetzen, lehnen wir ab. Die Betreuungsteams sollen gestärkt, die Kooperation mit Lehrpersonen gefördert werden. Zudem soll es Facharbeitenden Betreuung möglich sein, mittels einer Weiterbildung gewisse Unterrichtsmodule eigenständig zu betreuen.

Natalie Eberle, AL Gemeinderätin

Heimliche Erziehung

Es gibt kooperative und widerständige und sympathische und weniger sympathische Personen unter den Sozialfürsorgeabhängigen. Wie überall. Aber es gibt keinen Grund, sie für grundsätzlich erziehungsbedürftig zu halten. Wenn Sozialfürsorgeabhängige in Zürich eine Wohnung der «ambulanten Wohnintegration» erhalten, müssen sie einen Miet-/Betreuungsvertrag unterschreiben. Damit verpflichten sie sich, bestimmte Betreuungsvorgaben anzunehmen und zu erfüllen. Ihre Wohnungen werden kontrolliert. Der Zugang zum Haus von einer Loge aus bewacht. Der Vertrag ist befristet und im Kurztakt verlängerbar.

Das mag richtig sein für die einen. Es ist sicher nicht sinnvoll für alle. Eine Betreuung mit Kontrolle ist nötig, wenn Menschen dies wünschen, oder auch, wenn ein Umfeld vor übermässigen Immissionen – Dreck und Lärm – geschützt werden soll. Betreuung ist nicht sinnvoll, wenn die Menschen dies ablehnen und tatsächlich nicht brauchen. Denn Sozialfürsorgeabhängige soll man nicht mittels Erziehung von ihrer Lebensweise, die vielleicht aus Krankheiten entspringt oder auch einer Lebenswahl, abbringen wollen.

Eine Sozialpolitik gegenüber abhängigen Erwachsenen, die heimlich Erziehungsideen folgt, ist antiquiert, weil die Erfahrungen zeigen: Sie kann zu Zwang führen und in die Nähe von Umerziehungsideen geraten. Die Aktionen gegen Jenische und Sinti im 20. Jahrhundert waren von sozialfürsorgerischen Erziehungsideen geprägt. Nicht nur von sogenannten christlichen, auch von bürgerlichen (Bleuler) und sozialistischen (Forel). Nie wieder!

Alle Sozialabhängigen, wie Gespräche mit Fachpersonen zeigen, streben nach «oben». Ins Sehnsuchtsreich der Freiheit: Von der Notwohnung ins betreute Wohnen, vom betreuten Wohnen in die eigene Wohnung. Selbst wenn dies den Betroffenen nicht möglich ist.

Das Postulat Housing First, das die AL eingereicht hat, soll es möglich machen, auch in Zürich auszuprobieren, wie viel Verzicht auf Betreuung möglich ist. Der Ansatz Housing-First geht davon aus, dass Menschen erst mit einem sicheren Daheim und mit einer unbefristeten eigenen Wohnung in der Lage sind, andere Probleme anzugehen und ihre Lebenssituation zu stabilisieren. Es gibt Erfahrungen aus Wien und Finnland, es gibt ein in Erprobung befindliches Projekt in Basel.

Ja, es geht um freies Wohnen irgendwo in den Quartieren. Ohne Portier an einer Loge und ohne tägliche Inspektion. Wohnen ohne einen gekoppelten Beherbergungs-/Betreuungsvertrag. Aber mit Ansprechpersonen.

Ich habe im Kontakt mit der Basler Heilsarmee all meinen Mut zu politischer Unkorrektheit mobilisiert und gefragt: Und was ist, wenn sich öpper schlecht verhält? Oder wenn jemand zum Beispiel – pardon – stinkt? Der Verantwortliche fürs Housing-First-Projekt hat mir fast überfreundlich und ruhig geantwortet: «Dann besteht das Risiko, dass die Person die Wohnung verliert wie sonst jemand auf dem freien Wohnungsmarkt. Und das wird er oder sie sich überlegen, wie auf dem freien Wohnungsmarkt.»

Willi Wottreng, AL Gemeinderat



Obdachlosigkeit in der Schweiz (Bild: KEYSTONE/Salvatore Di Nolfi)